

32. Jahrgang, Ausgabe August 2026

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

Sonderausgabe zur Landtagswahl 2026

Aus dieser Ausgabe

Wer nicht liebt, der kennt Gott nicht	1
Evangelische Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl	3
Spitzenkandidat MP Sven Schulze	3
Guido Heuer	5
Marco Tullner	6
Franziska Beyer	7
Andreas Schumann	7
Jonas Döhring	8
Ilka Reckmann	8
Regierungs- programm	9
Briefe an das Landeskirchenamt	10

„Wer nicht liebt, der kennt Gott nicht; denn Gott ist die Liebe.“ (1. Joh. 4, 8)

Der Satz „Gott ist die Liebe“ aus dem 1. Johannesbrief ist nicht nur ein einzigartiger Bekenntnissatz aus dem Neuen Testament, sondern wesentlicher Bestandteil des christlichen Glaubens und der mit diesem ganz unmittelbar zusammenhängenden praktischen Fragen der christlichen Lebensführung sowie der Weltverantwortung insgesamt. Nicht etwa der vermeintlich fromme Rückzug ins Privatissimum der Weltabgeschiedenheit, sondern vielmehr die lebendige Verantwortung vor Gott und den Menschen und die selbstlos-liebende Bereitschaft zur Weltgestaltung sind die tragenden Wesenszüge eines wohlverstandenen christlichen Glaubenslebens.

Nirgendwo sonst finden wir übrigens eine wirklich adäquate begriffliche Entsprechung zu dieser johanneischen Definition Gottes als der Liebe selbst. Dieses Gottesbekenntnis ist gewissermaßen das Alleinstellungsmerkmal des christlichen Glaubens. Denn Gott tritt hier nicht nur lediglich als ein Liebender und Barmherziger vor die Menschen, sondern sein ureigenstes Wesen wird eben als Liebe beschrieben. In diesem geradezu revolutionären Bekenntnissatz wird nicht nur die tiefere, eigentliche und wahre Bestimmung unseres gottesebenbildlichen Menschseins erkennbar, sondern auch die entscheidende Grundausrichtung, die unsere gesamte christliche Lebensführung prägen soll.



Pfarrer Christian Meißner
© Christian Meißner

Wahrer Glaube besteht nämlich nicht nur in der Erkenntnis der Wahrheit über unser Leben, sondern auch im glaubwürdigen Leben und praktischen Handeln, Tun und Bezeugen dieser Wahrheit. Woran Menschen sich orientieren, prägt darum auch zutiefst ihr Leben und die Gesellschaft im Ganzen, wie Wolfgang Huber einmal sehr treffend formuliert hat. Die christliche Botschaft von Gott als der rettenden Liebe bleibt deshalb auch heutzutage von entscheidender Bedeutung. Denn nur die in Christus erschienene Liebe Gottes kann uns in unserer nach wie vor heillos zerrütteten und von Hass, Krieg, Feindschaft und boshafte Abgründigkeit gebeutelten Welt verlässliche Hoffnung, neuen Mut und feste Zuversicht verschaffen.

Und interessant: Bereits die Gemeinden, an die diese Worte ursprünglich gerichtet waren, sahen sich einem existentiellen Kampf mit verqueren Irrlehren, lügnerischen Botschaften und antichristlichen Verführern ausgesetzt. Die frühen christlichen Gemeinden gegen Ende des 1. Jahrhunderts sahen sich Mächten und Gewalten einer durch und durch christusfeindlichen Welt gegenübergestellt. In den Schriften des Neuen Testaments taucht die explizite Rede vom „Antichristen“ nur in den Johannesbriefen auf. Der „Antichrist“, diese endzeitliche Verführergestalt, ist nicht einfach das hässliche Antlitz des abgrundtief Bösen, sondern vielmehr eine blasphemisch verzerrte Christus-Gestalt, eine personifizierte widergöttliche Macht der Lüge und der Verführung zum Abfall, die sich jedoch erst einmal noch geschickt, manipulativ und verführerisch zu maskieren versteht.

Der 1. Johannesbrief macht demgegenüber unmissverständlich klar, dass das Böse und die Liebe, dass Lüge und Wahrheit, Finsternis und Licht sowie Le-

ben und Tod niemals etwas miteinander gemein haben können. Trotz aller Verführungsmacht und geschickter Camouflage entlarvt sich alles widergöttliche Treiben auf Erden letztlich doch immer wieder selbst: An seinen fauligen Früchten ist es stets zu erkennen. Das war schon zur Zeit des Johannes so und in den zahllosen Bedrängnissen der Kirche Jesu Christi im Laufe ihrer Geschichte. Und das gilt selbstverständlich auch noch für unsere heutige Zeit.

Auch wir erleben in unserer gegenwärtigen Gesellschaft und Politik wieder vermehrt, wie Hass und Zwietracht gepredigt werden, wie zahlreiche Verführer und Ideologen von heute unser gesellschaftliches Miteinander gefährden, wie selbst Familien und Freundschaften sich dadurch spalten lassen, wie viele leidende Menschengeschwister - mit anderer Hautfarbe, anderer Kultur, anderer Herkunft, anderer Meinung, anderem Geschlecht, anderer Glaubens-, Klassen- oder Gruppenzugehörigkeit - ausgegrenzt und bedrängt werden, wie wieder die alten verhetzenden, niederträchtigen und gottlosen Parolen aus den dunkelsten Stunden unserer Geschichte gebrüllt werden oder wie so manch verirrte Schreihälse jeder Couleur ihr wahnwitziges oder menschenverachtendes Welt- und Menschenbild zu verbreiten trachten.

Gerade wegen dieser vielen Krisenphänomene und Probleme sollten wir uns darum nur umso fester und treuer an das wahre „Wort des Lebens“ (1. Joh. 1,1) halten, uns daran immer wieder festmachen und auf gar keinen Fall beirren lassen – weder im persönlichen noch im öffentlichen, gesellschaftlichen oder politischen Bereich. Durch dieses Wort des Lebens, durch Jesus Christus, haben wir einen klaren Kompass und können mitten im Hier und Jetzt unserer Tage erkennen, dass es überall dort keine Liebe zu Gott, kein Licht des Lebens und keine Wahrheit geben kann, wo es schon an grundlegendem Mitgefühl, Anstand und Respekt gegenüber dem Nächsten oder Menschenbruder mangelt. „Wer aber seinen Bruder hasst, der ist in der Finsternis und wandelt in der Finsternis und weiß nicht, wo er hingeht; denn die Finsternis hat seine Augen verblendet.“ (1. Joh. 2, 11)

Wahrheit, Licht und Leben sind allein im göttlichen Wort beschlossen, das uns auch in unübersichtlichen, unruhigen und anfechtungsreichen Zeiten Orientierung gibt, uns in unserer Hoffnung stärkt, tröstet, immer tiefer in die Liebe Gottes hineinbirgt und uns unseren aufrechten Gang in dieser Welt erhält:

„Gott ist die Liebe; und wer in der Liebe bleibt, der bleibt in Gott und Gott in ihm.“ (1. Joh. 4, 16b)

Christian Meißner (*1968) ist seit 25 Jahren Pastor im Ehrenamt der EKBO und seit 2003 Bundes-

geschäftsführer des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK)

Spitzenkandidat Ministerpräsident Sven Schulze

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde des EAK,
liebe Mitstreiter,

zuerst möchte ich Ihnen für Ihre wichtige Arbeit innerhalb und außerhalb des Evangelischen Arbeitskreises danken. Der EAK ist seit vielen Jahren eine wichtige Stimme innerhalb unserer Partei und bringt Menschen zusammen, die sich aus ihrem Glauben heraus, für unsere Partei und das Gemeinwohl engagieren. Gerade in politisch bewegten Zeiten ist diese Arbeit unverzichtbar. Politik braucht Menschen, die bereit sind Verantwortung zu übernehmen. Sie braucht Werte, an denen Entscheidungen ausgerichtet werden. Auf diesem Fundament steht unsere gemeinsame CDU.



Ministerpräsident Sven Schulze
©CDU Landesverband Sachsen-Anhalt

Als Christlich Demokratische Union ist das christliche Menschenbild ein solches Fundament. Jeder Mensch ist einzigartig, jeder Mensch verdient Respekt und gleichzeitig trägt aber jeder Mensch Verantwortung für sich selbst, seine Mitmenschen und die Gesellschaft. Das ist für mich der Kern unserer Politik. Freiheit und Verantwortung gehören zusammen, ebenso wie Nächstenliebe und Eigenverantwortung. Wir helfen selbstverständlich denjenigen, die Unterstützung benötigen, gleichzeitig erwarten wir von denjenigen, die einen Beitrag leisten können, dass sie dies auch tun. Unsere solidarische Gemeinschaft kann auf Dauer nur bestehen, wenn diejenigen, die sich selbst helfen können, diese Anstrengung auch unternehmen. Menschen sollen nicht ausschließlich danach fragen, was der Staat für sie tun kann, sondern was sie selbst für andere und unser Land tun können. Das tun Sie auch, jeden Tag, über ihre normale Arbeitszeit hinaus, im

Ehrenamt, nebenbei, mehr als sie müssten und dafür danke ich Ihnen sehr.

Seit gut sieben Monaten darf ich als Ministerpräsident für Sachsen-Anhalt Verantwortung tragen. Dieses Amt erfüllt mich mit großer Dankbarkeit und ist mir zugleich Ehre und Pflicht. Ich erfahre jeden Tag, welche Verpflichtungen damit verbunden sind. Es besteht nicht nur daraus, das Kabinett zu leiten, Gesetze auf den Weg zu bringen oder unser Sachsen-Anhalt nach außen zu vertreten, es bedeutet vor allem für die Menschen da zu sein, ihnen zuzuhören und ihre Sorgen ernst zu nehmen. Deshalb bin ich jeden Tag in unserem Land unterwegs. Ich besuche Unternehmen, Betriebe, Schulen, Vereine, Blaulichtdienste oder Landwirtschaften. Ich spreche mit den Beschäftigten, den Unternehmern, Lehrkräften, Eltern, Auszubildenden und ehrenamtlich Tätigen. Diese Menschen stehen nicht jeden Tag im Mittelpunkt der Berichterstattung, aber mit ihrer Arbeit und ihrem Fleiß übernehmen sie jeden Tag Verantwortung. Für sich selbst und unser Land.

Auch in diesem Jahr war ich im Rahmen meiner Sommertour mit dem Fahrrad in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen-Anhalt unterwegs. Wenn man mit dem Fahrrad durch unser Land fährt, erlebt man es noch einmal aus einer ganz anderen Perspektive. Man erlebt die Schönheit unserer Heimat, ihr kulturelles Erbe, lebendige Städte und Dörfer und viele engagierte Menschen vor Ort, die ihre Heimat lieben. In unserem Land passiert viel, man erkennt aber auch, wo noch etwas getan werden muss. Die wichtigsten Gespräche finden aus meiner Sicht hierbei nicht immer bei den offiziellen Terminen oder auf einer Bühne statt. Sie finden an der Theke statt, am Gartenzaun, an den Haustüren, in der Werkhalle oder dem Feuerwehrgerätehaus. Dort erzählen mir die Menschen, was sie wirklich bewegt. Es geht hierbei um die Zukunft des eigenen Arbeitsplatzes, um die Schule der Kinder, um die Pflege der Eltern, um den Zustand der Straße, um steigende Kosten und darum, was mir immer wieder begegnete, ob Politik den Alltag der Menschen überhaupt noch versteht. Meine Erfahrung ist, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt ein gutes Gespür dafür haben, ob Politik ehrlich mit Ihnen umgeht. Sie erwarten keine Wunder und wissen, dass nicht jedes Problem von heute auf morgen gelöst werden kann. Sie erwarten aber zurecht, dass Politik ihnen zuhört, Lösungen entwickelt und klare Entscheidungen trifft. Bei unserer Landtagswahl geht es nicht um ideologische Experimente, sondern um Sicherheit, Verlässlichkeit und eine klare Richtung für Sachsen-Anhalt.

In den Gesprächen merke ich immer, dass uns und die Bürgerinnen und Bürger vor allem eines eint: die große Verbundenheit zu unserem Land. Ihre Themen

sind unsere Themen. Ihre Lebensleistung verdient unsere Anerkennung. Sie haben nach der Wiedervereinigung Betriebe aufgebaut, Kommunen saniert und Familien gegründet. Sie haben schon einmal erlebt, wie Arbeitsplätze verloren gingen und wieder neue entstanden, Krisen bewältigt und neu begonnen. Der gute Zustand unseres Bundeslandes ist ihr Verdienst und wir lassen uns das Erreichte nicht kleinreden. Dennoch steht unser Land heute vor großen Aufgaben. Die Menschen haben die Erfahrung der Vergangenheit vor Augen und wünschen sich Sicherheit, die wir ihnen als CDU garantieren müssen. Wir brauchen eine starke Wirtschaft, die investiert und wachsen kann, mit einem schlanken Staat, der ermöglicht, statt zu verhindern. Sie ist Grundlage für sichere Arbeitsplätze und gute Löhne. Wir brauchen Schulen, die Wissen vermitteln, das tatsächlich gebraucht wird und Schülerinnen und Schüler gut für ihr weiteres Leben vorbereiten. Wir brauchen Sicherheit, Ordnung und einen Staat, der handlungsfähig ist und seine Regeln auch durchsetzt. Und wir brauchen ein starkes Ehrenamt, ohne das weite Teile unseres gemeinschaftlichen Lebens nicht funktionieren würden. Hierbei zeigt sich auch immer wieder, wie wichtig hierfür die Kirchen in Sachsen-Anhalt sind. Sie sind Träger von Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeeinrichtungen, Beratungsangeboten und Hilfsdiensten. Kirchen und Religionsgemeinschaften leisten mit ihrer sozialen und kulturellen Arbeit einen wichtigen Beitrag für den Zusammenhalt unseres Landes. Als CDU stehen wir zu dieser Verantwortung und wollen daher die verlässliche Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirchen fortsetzen.

Der Evangelische Arbeitskreis hat innerhalb der CDU eine wichtige Aufgabe: Er erinnert uns immer daran, dass das „C“ nicht nur Etikett, sondern Anspruch und Verpflichtung für uns ist. Er verlangt zu recht, politische Entscheidungen nicht danach zu beurteilen, ob sie kurzfristig Zustimmungen bringen, sondern ob sie den Menschen diesen und der Gemeinschaft nutzen.

Die Menschen in Sachsen-Anhalt haben dafür gearbeitet, dass unser Land heute auf einem stabilen Fundament steht, es ist unsere Aufgabe das Erreichte zu bewahren und auszubauen. Hierfür brauchen wir eine vernünftige Politik aus der Mitte. Sie ist der einzige Weg, wie Sachsen-Anhalt dauerhaft zusammengehalten und erfolgreich geführt werden kann. Dafür braucht es eine starke CDU. Nur wir können dafür sorgen, dass unser Bundesland nach der Wahl verlässlich regiert wird. Deshalb ist in den kommenden Wochen

jedes Mitglied gefordert. Niemand sollte darauf warten, dass andere den Wahlkampf führen. Niemand sollte glauben, die eigene Stimme oder das eigene Gespräch machten keinen Unterschied. Manchmal ist es ein einziges ehrliches Gespräch, das einen Menschen zum Nachdenken bringt. Hierbei bitte ich Sie um Ihre Unterstützung. Tragen Sie unsere Themen in Ihre Kreisverbände, in Ihre Gemeinden, in Ihre Vereine, in Ihre Familien und in Ihren Freundeskreis.

Wir kämpfen um jede Stimme. Nicht aus parteipolitischen Selbstzweck, sondern weil es um die Zukunft unserer Heimat geht. Wir wollen Sachsen-Anhalt stärker machen. Das geht nur mit uns.

Herzlich Ihr Sven Schulze

Evangelische Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl



Die Landtagsabgeordneten Tobias Krull und Stephen Gerhard Stehli

(EAK-Landesvorsitzender) als Delegierte beim

CDU- Landesparteitag

© CDU-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt

Politik wird immer von Menschen gemacht, so auch bei unserer CDU Sachsen-Anhalt. Unterschiedliche Personen und Ansätze werden in einer Volkspartei zu einer schlagkräftigen und gestaltungsfähigen politischen Kraft zusammengeführt. Der Landesvorstand der EAK Sachsen-Anhalt hat den Kandidatinnen und Kandidaten, die direkt in den Wahlkreisen unseres Landes bzw. bis zum Platz 41 auf der Landesliste kandidieren, und die evangelisch sind, angeboten: sich in diesem Rundbrief selbst vorzustellen ohne weitere Vorgaben. Sechs (von insgesamt elf) dieser Kandidaten und Kandidatinnen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht, worüber ich mich sehr freue. Deren Texte folgen:

Stephen Gerhard Stehli MdL,
EAK-Landesvorsitzender

Guido Heuer



Guido Heuer
© Rayk Weber)

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 6. September geht es um unsere Heimat. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden bei der Landtagswahl über die Zukunft Sachsens-Anhalts. Ich möchte mich weiterhin als Vertreter des Wahlkreises Oschersleben-Wanzleben für die Interessen der Börde im Landtag einsetzen. Ich bin fest in der Region verwurzelt und kenne die Anliegen der Menschen vor Ort. Aufgrund meines kommunalpolitischen Engagements und meiner Arbeit im Landtag weiß ich, wie man Hürden bei der Umsetzung von Projekten überwindet. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass ich weiterhin in Magdeburg mit aller Kraft für meine Heimat kämpfen werde.

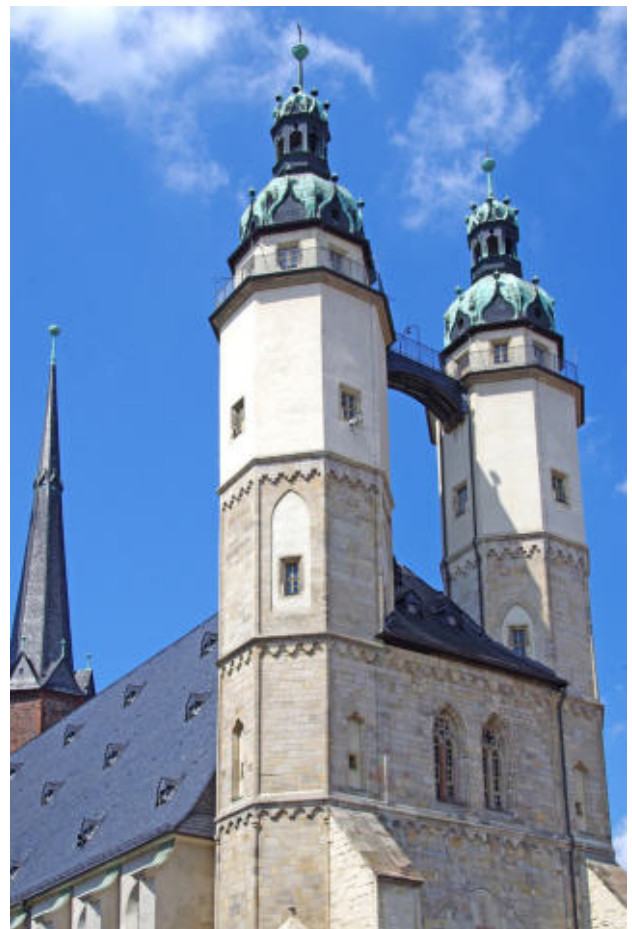
Bei langfristig gesicherten Schülerzahlen möchte ich die Sanierung und Modernisierung von Schulstandorten weiterhin tatkräftig unterstützen. Angesichts des Lehrermangels und des demografischen Wandels braucht Bildung auf dem Land eine realistische Perspektive. Deshalb wurden bereits die Möglichkeiten zur Schaffung von Schulverbünden flexibilisiert und wir werden das duale Lehramtsstudium in der kommenden Wahlperiode ausweiten. Für die Schullandschaft im ländlichen Raum sind aus meiner Sicht auch die Schulen in freier Trägerschaft eine wichtige Säule. Insbesondere die kirchlichen Einrichtungen haben dabei eine Vorbildfunktion bei der Umsetzung von hochqualitativem und wertorientiertem Unterricht.

Als überzeugter Konservativer leitet mich das christliche Menschenbild, das die Würde und Freiheit des Einzelnen in den Mittelpunkt des politischen Handelns stellt. Dieses Wertefundament grenzt die CDU

Sachsen-Anhalt klar von kollektivistischen Ideologien von links und rechts ab. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Situation brauchen vor allem die Unternehmen mehr Freiheit für Investitionen und Innovationen. Vor dem Hintergrund meiner langjährigen Berufserfahrung in der freien Wirtschaft bringe ich diese wirtschaftsliberale Perspektive mit Nachdruck ein und stehe unter anderem für eine umfassende Deregulierung des Landes.

Mein Engagement für die Börde, meine Erfahrung in Wirtschaft und Politik und mein politischer Kompass zeichnen mich aus. Dafür bitte ich die Bürgerinnen und Bürger bei der Landtagswahl am 6. September erneut um ihr Vertrauen.

Ihr Guido Heuer



Marktkirche Halle
© Wikipedia Commons

Marco Tullner

Marco Tullner, Historiker, Wahlkreis Halle II (36)

Als ich 2002 zum ersten Mal in den Landtag von Sachsen-Anhalt gewählt wurde, war alles wie am ersten Schultag. Ein paar Kollegen kannte ich, ansonsten war alles neu und ungewohnt. Mit Prof. Dr. Böhmer übernahm ein Mann Verantwortung für

Sachsen-Anhalt, der oft als „knorrig“ beschrieben wurde. Er war selbstbewusst, wollte gestalten und nicht gefallen. Und wurde ein anerkannter und erfolgreicher Ministerpräsident. Diese Jahre haben mich geprägt.



Marco Tullner
© Stefan Böttcher

Heute, 24 Jahre später stehen wir wieder vor einer entscheidenden Wahl. Der Ausgang erscheint durchaus ungewiss und manche Selbstgewissheit wird stärker hinterfragt denn je. Was bedeutet CDU-Politik in einer Zeit, in der viele Menschen Meinungen und Antworten haben, ohne die Frage oder das Problem vertieft wahrzunehmen? In der Debatten und Diskurse durch „Clips, Klicks und Likes“ ersetzt werden.

Hier muss eine CDU anders sein, ohne „von gestern“ zu wirken. Ich möchte auch in der neuen Wahlperiode meinen Beitrag leisten, dass Sachsen-Anhalt ein geachtetes und erfolgreiches Bundesland in Deutschland bleibt und sich mutig und optimistisch den notwendigen Veränderungen zuwendet. Die Fragen der Demografie, die wirtschaftliche Transformation, eine gute Bildung und solide Finanzen sind einige Themen, die mich dabei umtreiben.

Die Erfahrung der friedlichen Revolution von 1989/90 waren für mich prägend. Mutig und entschlossen gilt es nun, die neuen Herausforderungen

anzugehen. Mit einer klaren Haltung und einem christlichen Wertefundament.

www.tullner.de
<https://tullner.de/>

Franziska Beyer

Verantwortung für unsere Heimat – aus christlicher Überzeugung

Geboren in Magdeburg und bis heute fest in unserer Elbestadt verwurzelt, bin ich stolz darauf, hier als Unternehmerin tätig zu sein. Auch wenn ich zur Zeit der Wende erst sieben Jahre alt war, habe ich die Herausforderungen und Unsicherheiten dieser Jahre in meiner Familie hautnah miterlebt. Meine Eltern führten ein Taxiunternehmen und mussten sich in einer Zeit tiefgreifender Veränderungen behaupten. Dort habe ich früh gelernt, was Eigenverantwortung, Fleiß und unternehmerischer Mut bedeuten.



Franziska Beyer
© Franziska Beyer

Heute bin ich selbst Unternehmerin im Baugewerbe. Gemeinsam mit meinem Team bauen wir Eigenheime für Familien in Magdeburg und der Region. Dabei schaffen wir nicht nur Wohnraum, sondern Heimat. Zugleich gestalten wir die Entwicklung unserer Stadt

und unseres Umlandes aktiv mit. Zu sehen, wie aus einer Idee ein Zuhause entsteht, in dem Familien leben, Kinder aufwachsen und Zukunft gestaltet wird, macht mich stolz.

Als Ökonomin liegt mir die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes besonders am Herzen. Wohlstand, sichere Arbeitsplätze und soziale Sicherheit entstehen dort, wo Menschen Verantwortung übernehmen, Unternehmen gründen, investieren und Neues wagen. Deshalb setze ich mich für gute Rahmenbedingungen ein, die Leistung ermöglichen und den Mittelstand stärken.

Mein christlicher Glaube gibt mir Orientierung. Ich bin überzeugt, dass Fortschritt und Werte zusammengehören. Das christliche Menschenbild erinnert uns daran, Verantwortung füreinander zu übernehmen und den Menschen in den Mittelpunkt politischen Handelns zu stellen. Hass, Hetze und die Spaltung unserer Gesellschaft können niemals eine Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit sein.

Ich möchte dazu beitragen, dass Magdeburg und Sachsen-Anhalt auch künftig eine lebenswerte Heimat bleiben, mit starken Familien, einer erfolgreichen Wirtschaft, guten Perspektiven für junge Menschen und einem verlässlichen gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Ihre Franziska Beyer

Andreas Schumann

Andreas Schumann

- Wahlkreisdirektkandidat Wahlkreis 13
- Abgeordneter des Landtages von Sachsen-Anhalt seit 2016
- Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU Landtagsfraktion
- kulturpolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion
- Ehrenstadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg
- Präsident des Landeschorverbandes Sachsen-Anhalt

Geboren am 9. Juni 1964 in Ebersbach / Oberlausitz, Vater war Kantor (Neugersdorf, Augustusburg); Großvater Pfarrer (Dresden Kreuzkirche) in der evangelischen Kirche.

Nach polytechnischer Oberschule, Berufsausbildung im Handwerk mit Abschluss und Wehrdienst als Soldat der NVA aus politischen Gründen.

1985 Studium der Musik und Musikpädagogik an der Hochschule für Musik an der HfM Carl Maria von Weber in Dresden.

1989 Abschluss mit Staatsexamen, zusätzlich Lehrberechtigung an Musikschulen, 1990 Aufbaustudium in Leipzig.



Andreas Schumann
© Steffen Boettcher

Seit 1989 Mitglied der Magdeburgischen Philharmonie (stellvertretender Soloposaunist), Lehrer an der Kreismusikschule Oschersleben, seit 1999 am Konservatorium der Landeshauptstadt Magdeburg.

Stadtrat in Magdeburg von 2009-2024, davon von 2014-2019 Stadtratsvorsitzender.

2016 und 2021 Gewinner Direktmandat für den Landtag.

Politische Ziele:

- Erringung des Direktmandates
- weitere kulturpolitische Begleitung der Arbeit einer CDU geführten Landesregierung
- weitere Arbeit im Wirtschaftsausschuss und Förderung des Tourismus in Sachsen-Anhalt

Jonas Döhring

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich bin in unserer Kirchengemeinde getauft und konfirmiert worden.

Heute bin ich 29 Jahre alt und Familienvater. Gemeinsam mit meiner Familie führe ich unter anderem unseren landwirtschaftlichen Familienbetrieb.

Der christliche Glaube und die Werte, die ich von klein auf vermittelt bekommen habe, prägen mein

Verständnis von Verantwortung – gegenüber meiner Familie, meinen Mitmenschen und den kommenden Generationen.

Als Jäger erlebe ich täglich, wie wichtig ein verantwortungsvoller Umgang mit der Schöpfung, unserer Heimat und der Natur ist und dass eine Weitergabe dieser Werte und Achtsamkeit ein hohes Gut ist.

Gerade in einer Zeit großer Herausforderungen brauchen wir Orientierung und den Mut, Entscheidungen mit Augenmaß zu treffen. Ich bin überzeugt, dass das christliche Menschenbild dabei ein wichtiger Kompass ist: Jeder Mensch besitzt eine unveräußerliche Würde, Verantwortung gehört untrennbar zur Freiheit, und Zusammenhalt entsteht dort, wo Menschen füreinander eintreten.



Jonas Döhring
© Steffen Boettcher

Deshalb kandidiere ich für unsere Christlich Demokratische Union im Wahlkreis Zerbst. Ich möchte dazu beitragen, dass Politik wieder stärker von Verlässlichkeit, Zusammenhalt und Verantwortung geprägt wird. Für mich bedeutet das, den ländlichen Raum zu stärken, gute Bedingungen für Familien und Unternehmen zu schaffen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

Ich möchte mich mit ganzer Kraft für unsere Heimat einsetzen – bodenständig, verlässlich und

nah an den Menschen. Dabei sind mir der offene Dialog, gegenseitiger Respekt und die Bereitschaft zuzuhören ebenso wichtig wie die Entschlossenheit, Verantwortung zu übernehmen. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung.

Herzlichst

Ihr Jonas Döhring



Trinitatiskirche Zerbst
© Wikipedia Commons

Ilka Reckmann

Sehr geehrte Damen und Herren,

für eine Kandidatur zur anstehenden Landtagswahl habe ich mich entschieden, weil ich nicht mehr von der Seitenlinie rufen und gute Ratschläge geben, sondern weil ich aus Überzeugung aktiv auf dem Spielfeld für die Demokratie kämpfen will.

In einem kleinen altmärkischen Dorf aufgewachsen, geprägt durch meine Familie und die Junge Gemeinde, tief verwurzelt im christlichen Glauben, bin ich unmittelbar mit der friedlichen Revolution politisch aktiv geworden und in die CDU eingetreten.

An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) habe ich Evangelische Theologie studiert und bin nach meinem Vikariat in Merseburg beruflich an die MLU zurückgekehrt. Hier habe ich viele Jahre als Fakultätsreferentin, Prüfungsamtsleiterin und Studienberaterin an der Theologischen Fakultät gearbeitet und bin nun am Zentrum für Lehrer*innenbildung der MLU als Studienberaterin tätig.

Als ordinierte Pastorin im Ehrenamt übernehme ich manchmal Gottesdienste in Merseburg und Umgebung, engagiere mich als Gemeindeglied und bin erstmals in die Synode des Kirchenkreises Saale-Unstrut gewählt worden. Zugleich bin ich Mitglied im Freundeskreis der Vereinigten Domstifter zu Merseburg, Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz.

CDU-Landesparteitag – Regierungsprogramm trägt deutlich auch die Handschrift des EAK



Ilka Reckmann
© Vincent Grätzsch

Durch unsere drei Kinder war ich langjährig als Elternvertreterin für Kindertagesstätten (KiTa) und Schulen tätig. Hieraus, sowie durch meine Arbeit an der Uni, ergibt sich als mein politischer Themenschwerpunkt die Bildung. Hier können und müssen wir auf Landesebene viel gestalten und reformieren. Die sinkende Zahl von Geburten bringt hier noch zusätzliche Herausforderungen.

Weiterhin sind für mich soziale Themen wichtig, u.a. die Bereiche Gesundheit und Pflege.

Ilka Reckmann, Direktkandidatin im Wahlkreis 33 Merseburg (mit Braunsbedra und Leuna)



Petersberg bei Halle
© Wikipedia Commons



Stephen Gerhard Stehli
© Rayk Weber

Am 13. Juni 2026 hat die CDU Sachsen-Anhalt auf dem 34. Landesparteitag in Dessau-Roßlau das Regierungsprogramm für die Landtagswahl am 6. September 2026 verabschiedet. Auf 91 Seiten untermauert die CDU deutlich ihren Anspruch, als Sachsen-Anhalt-Partei auch weiterhin die entscheidende gestaltende politische Kraft im Land auch in der kommenden fünfjährigen Legislaturperiode zu bleiben. Dabei macht das Regierungsprogramm deutlich, dass positive, weiterbringende und moderne Ideen Sachsen-Anhalt im Zentrum Deutschlands und Europas prägen sollen. Die CDU zeigt sich traditionsbewusst und heimatverbunden, ebenso aber auch innovativ und frisch in ihren Vorschlägen und Planungen. Die dreifache Verankerung der CDU mit konservativen, liberalen und christlich-sozialen Wurzeln ist nicht nur eine bekannte und gewohnte Beschreibung der großen Volkspartei, sondern die programmatische Realität der Union im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Und diese ist unseren Menschen, Ihren Sorgen, aber auch ihren Erwartungen und Hoffnungen angemessen. Zu dieser aktuellen, lebhaften und anregenden

Programmatik passt auch unsere Spitzenkandidat Ministerpräsident Sven Schulze, der für ein gut aufgestelltes und zukunftsorientiertes Land steht, als Heimat und von Weltoffenheit geprägt.

Die Lektüre des Regierungsprogramms sei allen ans Herz gelegt. Es kann unter folgendem Link aufgerufen werden:

https://www.cdulsa.de/sites/www.cdulsa.de/files/downloads/regierungsprogramm_ltw_web.pdf

Gerade im Bereich Kirchen und Religionen zeigt das Regierungsprogramm bei aller verfassungsmäßig gebotener staatlichen Neutralität ein positives, partnerschaftliches und zugewandtes Verhältnis zu den christlichen Kirchen, aber auch zu anderen Religionen, mit der Sicherung von ihrer inneren und äußeren Freiheit wie mit der Formulierung von Zusammenarbeitserwartungen. Für dieses ausgesprochen positive Verhältnis steht insbesondere auch der Ministerpräsident ganz persönlich und überzeugt ein. Das Programm trägt hier ganz deutlich die Handschrift des EAK. Der Landesvorsitzende hat in der Programm- und Antragskommission intensiv mitgearbeitet. Nur an einigen kurz aufgelisteten Beispielen, die hier nicht vollständig sind, soll dieses verdeutlicht werden:

- Bekenntnis zum Christentum als prägender Kraft in Geschichte und Gegenwart Sachsen-Anhalts
- Religionsfreiheit als wichtiges und entscheidendes Grundrecht für die Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts
- Erhalt der bewährten Staatskirchenverträge mit den Kirchen und den Vertrag mit der jüdischen Gemeinschaft
- Religiöse Bildung vom frühkindlichen bis zum schulischen Bereich positiv verankert.
- Intoleranz und religiösem Extremismus ebenso entgegengetreten wie allen antisemitischen, islamistischen und religionsfeindlichen Strömungen.

Aber auch eine klare Erwartung an die Menschen unseres Landes äußert das Regierungsprogramm in diesem Zusammenhang:

„Akzeptanz fördern: Wir erwarten von den Angehörigen aller Religionen und von allen Einwohnern in Sachsen-Anhalt, die keiner Religion angehören, dass sie friedlich und in gegenseitiger Achtung miteinander umgehen. Soweit es denn möglich ist, werden wir das gegenseitige Kennenlernen und Achten fördern. Intoleranz werden wir entschieden bekämpfen.“

Schließlich setzt sich die CDU ganz besonders dafür ein, ein verlässlicher Partner der häufig kirchlichen oder kirchennahen Schulen in freier Trägerschaft zu sein (gerade auch in finanzieller Hinsicht), wie gerade

auch die Förderung eines lebendigen, beständigen und innovativen Schulwesens und Bildungssystems in Sachsen-Anhalt ein zentrales Anliegen der CDU ist und bleibt. Auch hier macht das Regierungsprogramm klare Aussagen für, fröhlich und gestaltungsüberzeugt ausgedrückt: „Das klügste Bildungssystem in Deutschland.“

Stephen Gerhard Stehli MdL,
EAK-Landesvorsitzender



Stendal Dom
© Wikipedia Commons

Briefe an das Landeskirchenamt

Etwa einmal im Monat gehen beim Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland Bitten verschiedenster Initiativen ein, ihre Anliegen zumeist durch Mit-, am besten Erstunterzeichnung öffentlicher Aufrufe oder Proteste zu unterstützen. Das Themenspektrum reicht von Friedens- und Abrüstungsappellen einschließlich der Nutzung bestimmter Standorte über Klima-, Natur- und Umweltschutz von globalen bis lokalen Streitfragen bis hin zu entwicklungspolitischen und sozialstaatlichen Fragen wie fairen Löhnen und bestimmten Sozialstandards und endet noch nicht bei der Unterstützung von Angeklagten in Strafprozessen im In- und Aus-

land und der öffentlich erklärten Mitgliedschaft als Organisation in Vereinen mit verschiedensten guten Zwecken. Und immer in der Erwartung oder doch zumindest in der Hoffnung, solchen Anliegen, die die Kirche sich zu eigen machen möge, größere Erfolgsaussichten durch das moralische Gewicht und die ethische Grundlage christlicher Überzeugung zu schaffen. Auch wenn allzu oft der Verdacht nicht unbegründet ist, dass die Kirche vor den einen oder anderen Karren gespannt werden soll, ist doch immerhin festzuhalten, dass der „Relevanzverlust“ der Kirche noch nicht so weit fortgeschritten ist, dass derlei Bemühungen um den „kirchlichen Segen“ für welches Anliegen nicht immer wieder unternommen werden. Was die Kirche „absegnet“, hat also immer noch den Anschein von Bedeutsamkeit und Richtigkeit.

In den letzten Jahren mehren sich aber auch Zuschriften, in denen sich Menschen mit der Kirche im Allgemeinen kritisch oder sogar feindlich auseinandersetzen. Manche erklären auch gleich die Gründe für ihren Kirchenaustritt. Landesbischof Friedrich Kramer spricht von einer neuen Kategorie von „bekennenden Kirchenaustritten“. Die Bandbreite ist sehr unterschiedlich und reicht von mehr oder weniger wüsten Beschimpfungen bis hin zu nachdenklich-frustrierten Aufkündigungen der Gemeinsamkeit. Zwei typische, hier anonymisierte Originalbeispiele führe ich zur Illustration an:

„Ich lese durch Zufall, das eure Kirche am 20.1. einen Gedenktag für die Naziopfer veranstaltet hat. Find ich prima, aber wann ist ein Gedenktag für die ermordeten Menschen von Asylbewerber?

Des weiteren lese ich, das ihr Einfluss auf die Wahlen in Sachsen Anhalt wegen der AFD nehmen wollt. Ihr Pharisäer, Heuchler und Undemokraten habt euch da rauszuhalten. Ihr Gesindel werdet sowieso bald von den Islamisten aus euren Kirchen hinaus geprügelt. Dann könnt ihr eure Schnauze aufreißen. Ihr [kotzt] mich so an“ Der Autor ist offenbar kein Mitglied der Kirche (mehr), sein Weltbild ist von abendländischer oder gar christlicher Prägung weitgehend frei. Prügeleien sind eher vom Autor als von „Islamisten“ zu befürchten. Eine Beantwortung dieses Schreibens dürfte trotz der anzuerkennenden orthographischen Korrektheit des Wortes „Pharisäer“ Zeitverschwendung sein.



Bild Jan Lemke
© EKM

Es folgt ein Beispiel vom anderen Ende des Qualitätsspektrums:

„Sehr geehrte Damen und Herren,

sicher, es ist nichts Besonderes, wenn Menschen aus der Kirche austreten. Auch muss man sich keine Gedanken machen, wenn es sich dabei um Menschen handelt, die ihr Leben lang mit der Evangelischen Kirche verbunden waren. [...] Warum also sollten Sie meinem Kirchenaustritt Aufmerksamkeit schenken? Das ist so unwahrscheinlich, wie der Aufschrei eines Menschen, der an seinem Leben verzweifelt, weil es Millionen andere auch tun.

Es könnte jedoch dafür doch zwei Gründe geben: Die voranschreitende Spaltung in unserer Gesellschaft, der Paradigmenwechsel in mehreren Bereichen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und Ihre Verantwortung als kirchliche ‚Würdenträger‘. [...] Vielleicht finden Sie trotzdem Zeit sowie einen offenen inneren Geist und ein mitfühlendes Herz, meine Beweggründe zum Austritt aus der Evangelischen Kirche zu lesen. [...]



Wernigerode St. Silvestri
© Wikipedia Commons

Ich schreibe diese Zeilen, weil ich denke, dass die Beendigung meiner Verbindung zur Kirche nach so langer und intensiver Zeit Worte braucht, um zu verstehen, warum ich diesen Schritt tue und vielleicht auch deshalb, damit deutlich wird, dass nicht alle Christen ‚ihrer Kirche‘ in alle Richtungen folgen.

Zum einen schockierte mich die unkritische Haltung der Kirchenleitungen im Corona-Geschehen, die alle staatlichen Narrative mitrug obwohl es genügend Anzeichen gab, dass die Corona-Erzählungen, so wie sie in Dauerschleifen den Menschen indoktriniert wurden, nicht stimmen konnten und zum anderen ist es die ‚neue‘ Haltung der EKD zum Thema ‚Krieg und Frieden‘, die in einigen Aussagen der Friedensdenkschrift „Welt in Unordnung – gerechter Frieden im Blick“ deutlich wird.

Die Evangelische Kirche, wie sie sich nach Außen darstellt und politische Narrative bedient, ist nicht mehr der Ort, an dem ich mich mit meinen christlichen Werten wiederfinde, sondern eine Institution, die gesellschaftliche Wege befördert, die ich nicht mitgehen werde. [...]“

Diese Zuschrift war noch sehr viel umfangreicher und setzte sich ausführlich mit der Corona-Zeit und mit der Friedensdenkschrift der EKD auseinander. Was den Appellen und den kritischen Stimmen gemeinsam ist, ist ein ganz bestimmtes Bild der Kirche als Interessengemeinschaft mit gesellschaftlichem Gestaltungswillen, als soziale Bewegung mit politischem Reformprogramm, als tatsächliche oder ange-

maßte moralische Instanz mit der Kompetenz zur ethischen Wegweisung, als Entscheiderin mehr oder minder grundsätzlicher politischer Streitigkeiten.

Dies ist nicht mein Bild der Kirche. Aus mehreren Gründen.

Da ist vor allem der Auftrag der Kirche, speziell der hierzulande größten, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, in die ich aufgrund meiner Tätigkeit die besten Einblicke habe. Diese hat als Landeskirche wie auf staatlicher Seite die Bundesländer eine eigene Verfassung, in deren Artikel 2 der Auftrag und ihre Aufgaben definiert sind, die sie – selbstverständlich – in der Bindung an den Auftrag ihres Herrn Jesus Christus und in der darin begründeten Freiheit zu erfüllen beansprucht. Ihr Auftrag ist zum einen vor allem geistlicher Natur: Sie lebt im Hören auf Gottes Wort, in der Feier der Sakramente und im Dienst an den Menschen und trägt die Verantwortung für die reine Verkündigung des Wortes und die einsetzungsgemäße Feier der Sakramente. Sie bezeugt das Evangelium in Verkündigung, Mission, Seelsorge, Diakonie und Bildung. Sie achtet darauf, dass das Evangelium gemäß dem in den Gemeinden jeweils geltenden Bekenntnis in Lehre, Leben und Dienst bezeugt wird. Dabei schottet sie sich aber nicht ab: Ökumene, das christlich-jüdische Gespräch und der interreligiöse Dialog gehören zu ihren Pflichten (Absätze 7 bis 9).

Sie wirkt aber zum zweiten auch nach außen, bleibt in keiner „Blase“, sondern nimmt an den Entwicklungen im Land teil. Konkret (Absatz 3 Satz 2, Absätze 5, 6 und 10): Als Kirche für andere nimmt sie den ihr aufgegebenen Dienst im öffentlichen Leben wahr. Sie tritt für die Wahrung der Menschenwürde, die Achtung der Menschenrechte und für ein von Gleichberechtigung bestimmtes Zusammenleben der Menschen ein. Sie wendet sich gegen alle Formen von Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit. Sie nimmt sich besonders der Menschen in Not- und Konfliktsituationen an. Sie begegnet ihnen in tätiger Nächstenliebe und bemüht sich, die Ursachen von Not aufzudecken und zu beheben. Sie setzt sich im Vertrauen auf Gottes Verheißung ein für die Bewahrung der Schöpfung und die Gestaltung des Lebens in der einen Welt in Gerechtigkeit und Frieden.

Und zum dritten geschieht dies alles von den Kirchengemeinden ausgehend subsidiär, mithin von unten nach oben strukturiert (Absatz 2 Satz 2 und Absätze 11 und 12). Dort heißt es: Der Gottesdienst der Gemeinde ist Mitte allen Handelns der Kirche. Sie lebt in vielfältigen Formen von Gemeinden und Diensten. Die Gemeinden und Dienste werden in der Gemeinschaft der gesamten Landeskirche gestärkt und gefördert. [Die Kirche] stärkt ihre Glieder für ein christliches Le-

ben und ermutigt sie, ihre Möglichkeiten und Begabungen im Leben der Gemeinde und als Christen in der Gesellschaft einzubringen. Sie fördert die Gemeinschaft und das Zusammenwirken ihrer Glieder und sorgt für den Zusammenhalt der Gemeinden.

Kirchliches Handeln gilt mithin jedem Menschen in seiner Einzigartigkeit vor Gott, nicht aber Gruppen oder gar Mehrheiten. Jede kirchliche Gemeinschaft wächst auf und mit der Freiheit jedes Christenmenschen, die es zu stärken gilt. Maßstäbe des Glaubens sind im kirchlichen Zusammenhang an sich selbst anzulegen und nicht zum Urteil über andere heranzuziehen; dies sei Gott anheimgestellt. Diese Offenheit und Toleranz erkennbar werden zu lassen, ohne sich in Beliebigkeit aufzulösen, ist keine einfache Aufgabe. Offenheit und Toleranz fordern auch ein Einstehen für die Vielfalt in der Kirche.

Dabei zeigt die vorstehende Aufzählung kirchlicher Aufgaben, dass unsere Kirche schon aufgrund ihres Selbstverständnisses mit der Verpflichtung zur Wahrung der Menschenwürde, zur Achtung der Menschenrechte und zum Eintreten für ein von Gleichberechtigung bestimmtes Zusammenleben der Menschen das Menschenbild des Grundgesetzes und mit ihren durch Wahlen und Abstimmungen geprägten Entscheidungsprozessen insgesamt die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung geradezu verkörpert. In diesem Zusammenhang wird gern das Diktum des Verfassungsrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde zitiert, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann. Ich beziehe dies auch auf die christlichen Anschauungen und Traditionen, die von Anfang an die Werteordnung des Grundgesetzes und insbesondere den Begriff der Menschenwürde mitgeprägt haben. Die damit verbundene inhaltliche Füllung der staatlichen Ordnung setzt die Kirchen in die Pflicht, sich als Kräfte innerhalb der demokratischen Strukturen zu begreifen und sich zu gesellschaftlichen Fragen zu äußern. Hierin liegt andererseits die besondere Stellung der Kirchen als öffentlich-rechtliche Körperschaften begründet. Keine anderen Gemeinschaften als die Kirchen mit ihrem christlichen Menschenbild sind in der Lage, so fundiert und nachhaltig zu bewirken, dass der freiheitlich-demokratische Rechtsstaat von der Masse der Gesamtbevölkerung auch außerhalb der Kirchen getragen und bejaht wird. Diese Verantwortung müssen wir aktiv wahrnehmen, wenn die Ahnungslosigkeit einzelne Unbedarfte dazu treibt, die Kirchen mit Kulturvereinen gleichsetzen zu wollen.

Hieraus folgt immerhin, dass die Kirche sich selbst die Pflicht auferlegt hat, auch gegenüber Politik und Gesellschaft den Schutz der Menschenwürde und die Ach-

tung der Menschenrechte anzumahnen und Diskriminierungen und Ungerechtigkeit zu benennen und auch Vorschläge zur Behebung von diesbezüglichen Missständen zu formulieren. Das Handeln der am kirchlichen Leben Beteiligten dient dabei den Menschen mit ihrem Bedürfnis nach Gemeinsamkeit im Glauben, nicht aber der Kirche als Institution und Organisation, schon gar nicht unter betriebswirtschaftlichen oder tagespolitischen Gesichtspunkten. Das Ziel ist nicht mehr Kirchlichkeit, sondern mehr Menschlichkeit.



Salzwedel Marienkirche
© Wikipedia Commons

Der Grundsatz der Subsidiarität, nämlich, die Angelegenheiten der Gemeinde dort zu entscheiden, wo sie anfallen und sich auswirken, nimmt dies konsequent auf. Die Landeskirche soll verbindliche Regelungen nur im notwendigen Umfang treffen, im Übrigen aber insbesondere die Kirchengemeinden beraten und unterstützen. Und diese sind nur von wenigen hauptamtlich tätigen Kräften (besonders Mitarbeitende im Verkündigungsdienst), aber sehr vielen ehrenamtlich Engagierten getragen. Und so mag die Kirche dazu stehen, dass sie nur so gut und fehlerfrei ist wie die in ihr mitwirkenden Menschen. Ehrenamtliche Arbeit erfüllt nicht notwendig professionelle Anforderungen. Sie beruht aber stets auf eigener Lebenserfahrung und eigenen Gestaltungswünschen. Gerade wer sich ehrenamtlich engagiert, will nämlich auch selbst gestalten. Die Kirche muss dies höher bewerten als das Streben nach Vollkommenheit. Sie muss den einzelnen Men-

schen ermutigen, selbst Gott zu vertrauen und sich davon leiten zu lassen. Eine höhere Qualität kirchlicher Arbeit ist dann weder notwendig noch überhaupt erreichbar.



Naumburg St. Wenzel
© Wikipedia Commons

Denn alle Getauften – nicht nur die Kirchenleitung oder die hauptamtlich Tätigen – sind in gleicher Weise Glieder der Kirche Jesu Christi und zum Allgemeinen Priestertum berufen. Alle Gemeindeglieder sind im Rahmen der kirchlichen Ordnung gleichberechtigt. Sie leben im Hören auf Gottes Wort, im Gebet und in der Verantwortung vor Gott. Sie bezeugen Jesus Christus als ihren Herrn. Sie sind eingeladen, die Gemeinschaft in der Kirche zu suchen, am Gemeindeleben teilzunehmen und einander im Glauben zur Seite zu stehen. Insbesondere sind sie am Leben der Gemeinde und der Kirche beteiligt. Und auch nicht Getaufte sind eingeladen, am Leben der Gemeinde und der Kirche im Rahmen der kirchlichen Ordnung teilzunehmen. Das klingt nicht nur hehr und getragen, sondern das ist voller Ernst. Denn sonst hätte ich diese programmatischen Sätze nicht ebenfalls direkt aus der Kirchenverfassung abschreiben können. Zur „Teilhabe und Beteiligung Getaufter“ und zur „Teilnahme nicht Getaufter“ steht dort nämlich genau dies in den Artikeln 10 und 11.

Damit sind wesentliche Voraussetzungen dafür beschrieben, damit unsere Kirche „funktioniert“. Wir brauchen auf allen Ebenen unserer Kirche, in allen

thematischen Zusammenhängen und in allen Regionen das Mitdenken und die Beteiligung, die Entwicklung von Ideen und den Austausch, die Diskussion und auch die Auseinandersetzung über unsere Kirche, ihren Zustand und ihre Zukunft. Dazu sind Foren nötig, auf den Ideen, Einschätzungen und Visionen für unsere Kirche vorgetragen und gesammelt, zur Kenntnis genommen, unterstützt oder verworfen werden können. Unsere ganze von unten nach oben aufgebaute und nach demokratischen Prinzipien verfasste kirchliche Struktur mit all ihrer Gremienarbeit und ihrer synodalen Entscheidungsfindung lebt vom Austausch und dem Bemühen um Akzeptanz.

Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes findet dieser Austausch günstigstenfalls, aber auch notwendig in der Haltung der Offenheit, des Respekt, der gegenseitigen Wertschätzung und des Wohlwollens statt. Schließlich arbeiten wir auf dasselbe Ziel hin.

Und hier kommt neben dem Auftrag ein zweiter Grund ans Licht. Unterhalb der durch das Evangelium vorgegebenen Pflicht, auch gegenüber Politik und Gesellschaft den Schutz der Menschenwürde und der Menschenrechte anzumahnen, Ungerechtigkeit zu benennen und Vorschläge zur Behebung von diesbezüglichen Missständen zu formulieren, kommt es aus kirchlicher Sicht nicht darauf an, bestimmte eventuell tagespolitisch relevante Fragen zu entscheiden und Position zu beziehen, sondern den Austausch darüber zu fördern und die Bandbreite christlich vertretbarer Positionen auszuschöpfen. Konkret: Die Bewahrung der Schöpfung, mithin Klima- und Umweltschutz, steht aus christlicher Sicht nicht zur Disposition, wohl aber die Frage, ob ein Verbot von Inlandsflügen oder die Besteuerung von Kerosin wie Diesel oder Benzin dazu notwendig sind. Hier ist leider festzustellen, dass kirchliche Gremien in der Vergangenheit diese Differenzierung nicht vorgenommen haben, was aber zur Folge hat, dass heftig polarisierende Beschlüsse zu Detailfragen nicht nur nichts bewirkt haben, sondern auch die Spaltung von Gemeinden bis hin zu Kirchenaustritten provoziert haben. Der „Tempo100“-Beschluss der EKD-Synode dürfte ein Beispiel dafür sein. Unbeschadet dieser institutionellen Besonderheit steht allerdings auch kirchlich Tätigen und auch Bediensteten jedes Grundrecht des Grundgesetzes in vollem Umfang zu. Eine Neutralitätsverpflichtung, wie sie bei staatlichen Beamten besteht, bindet sie etwa in ihrer Meinungsfreiheit nicht, diese besteht aber gegebenenfalls in innerkirchlicher Hinsicht.

Dies zeigt, dass es zwischen einem Parlament und einer Synode doch entscheidende Unterschiede gibt. Ich greife nochmals auf die Kirchenverfassung zurück, diesmal auf Art. 3 Abs. 1: „Das kirchliche Leben ist in

den Rechtsformen der Kirchengemeinde, des Kirchengemeindeverbandes, des Kirchenkreises und der Landeskirche, ihrer sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie ihrer Einrichtungen und Werke geordnet. Diese bilden als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft eine innere und äußere Einheit. In dieser Einheit haben sie die zur Erfüllung ihrer besonderen Aufgaben notwendige Eigenverantwortung und Freiheit, die durch die kirchliche Ordnung gesichert und begrenzt werden.“

Der Begriff der Einheit ist trotz aller Schismen, Abspaltungen, Ausgrenzungen und Rivalitäten kirchlicher Gemeinschaften in Vergangenheit und Gegenwart zentral im Selbstverständnis auch unserer Kirche. Mit dem letzten Satz von Artikel 3 Absatz 1 ist allerdings das Spannungsverhältnis von Einheit und Freiheit beschrieben. Die Einheit ist die Grundlage, auf der Eigenverantwortung und Freiheit ansetzen. Das entspricht Luthers „Freiheit eines Christenmenschen“ mit ihrer unteilbaren Verbindung von Freiheit und Verantwortung.

Für die Arbeit in der Synode bedeutet dies, dass die Verantwortung für die Einheit der Kirche und damit die Gemeinschaft ihrer Glieder es gebietet, nicht in erster Linie alle anstehenden Fragen im Detail zu entscheiden, sondern gegenläufige Positionen zueinander zu bringen, Brücken zu bauen, Gemeinsamkeiten zu beschreiben und nötigenfalls Verletzungen zu lindern und Versöhnung anzustreben. Nicht Wahlen oder Abstimmungen zu gewinnen, sondern beieinander zu bleiben, ist das Entscheidende. Auch wenn die Synode mit parlamentarischen Methoden arbeitet, geht es um die Suche nach dem „gemeinsamen Weg“, der wörtlichen Bedeutung des Wortes „Synode“. Eine Synode ist eben nur äußerlich ein „Kirchenparlament“.

Damit ich mir an dieser Stelle nicht den Vorwurf einer allzu idealistischen und alle Differenzen mit Harmoniekleister verschließenden Darstellung einhandele, möchte ich darauf hinweisen, dass ich diese Ausführungen auf der Grundlage eines Bildes des Miteinander in unserer Kirche mache, das auf der Geschwisterlichkeit ansetzt. Die Anrede „Liebe Schwestern und Brüder“ entspricht im kirchlichen Miteinander der Gewohnheit, und Sie dürfen sie von mir als Bedienstetem der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland erwarten. Das klingt dabei für das ungeübte Ohr netter als es oft gemeint ist, denn die Anrede „Schwestern und Brüder“ ist das Anerkenntnis des Umstandes, dass man sich Verwandte nicht aussuchen kann. Das unterscheidet diese Anrede grundsätzlich von den lieben Freundinnen, Parteifreunden, Genossinnen oder gar Kameraden. Es ist also weniger die Harmonie oder der spirituelle Gleichklang, den ich dabei ausdrücken

möchte, als vielmehr den Respekt vor Gottes Entscheidung, uns, so wie wir sind, denken und reden, zu dieser Zeit und in dieser Welt zusammenzuführen und in der Kirche geradezu aneinander zu weisen. So, wie wir uns Geschwister nicht aussuchen, sondern sie nur in ihrer Unverfügbarkeit annehmen können, jedenfalls aber mit ihnen leben (müssen), weil es Gott so gefiel. Seine Mitmenschen als Geschwister anzunehmen, ist Ausdruck der Ehrfurcht vor Gott.

Unsere Kirche ist der Ort, an dem wir einander begegnen, bestärken, überzeugen widersprechen und offenen können. Sie ist das traditionelle Forum des gesellschaftlichen Miteinanders. Sie transportiert die Erfahrungen und Werte der jüngeren Menschheitsgeschichte in unseren Breiten in die Gegenwart und hoffentlich auch in die Zukunft. Sie ist die eigentliche Schule der Nation und darüber hinaus. Darin liegt ihr eigentlicher Wert, der nicht durch noch so fromme Übungen „im stillen Kämmerlein“ ausgeglichen werden kann.

Vor diesem Hintergrund mag die Antwort nachvollziehbar erscheinen, die ich auf die zweite oben angeführte Zuschrift der Person gegeben habe, die leider diese Gemeinschaft der Kirche verlassen zu müssen glaubte:

„Auch wenn mir gerade die Zeit fehlt, Ihnen länger zu antworten, will ich Ihnen eben zwei Texte anfügen, nämlich einen Kommentar für „Glaube und Heimat“ vom Februar 2022 und den Link zur Radioandacht, die ich für den MDR Thüringen für den 12.03.2026 eingesprochen habe. Zu diesen Positionen in Sachen Corona und Frieden stehe ich nach wie vor.“

Ich bin nicht sicher, ob diese Äußerungen für Sie akzeptabel sind, aber die Kirche, die Sie nun verlassen haben, bietet für mich das Forum, darüber zu diskutieren. Das ist für mich eine wichtige Funktion unserer Kirche: Menschen einen Raum zum Austausch über Lebens- und Gottesfragen zu geben, der sonst nicht bestünde, und dabei den eigenen Glauben anfragen zu lassen und zu prüfen, ihn zu entwickeln und weiterzugeben. Das alles fällt ohne Kirche aus. Sie werden es merken, und ich als ‚Würdenträger‘ werde Sie vermissen.“

Ernst-Wolfgang Böckenförde hatte übrigens Recht. Nach 1989 war es nicht zuletzt die evangelische Kirche, die mit den in ihr vorhandenen demokratischen Strukturen viele Menschen dazu befähigt hatte, demokratische Strukturen in den neuen Bundesländern aufzubauen und sich darin – als Bürgerinnen und Bürger, nicht als Beauftragte der Kirche – zu engagieren. Die Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft. Auch hierfür war es leicht, auf

engagierte und diskussionsgeübte Kirchenglieder zurückzugreifen. Umgekehrt wird die Schwächung der Kirche durch Mitglieder- und Ressourcenrückgang die Zivilgesellschaft schwächen und auch das Funktionieren der Demokratie beeinträchtigen. Auch ohne kirchenfeindliche Parteiprogramme besteht also Anlass zur Sorge. Aus kirchlicher Sicht allerdings auch Anlass zur Hoffnung, denn alles bleibt in Gottes Hand.

Jan Lemke

Präsident des Landeskirchenamtes der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM)

Kommentar Nächstenliebe ¹

¹

¹Nächstenliebe! (Kommentar „Auf ein Wort“ in Glaube + Heimat, Februar 2022) Wir haben derzeit eine schwierige Situation in unserer Kirche: Wir sehen in unseren Gemeinden einige, die sich nicht impfen lassen können oder wollen, und auch viele, die Angst davor haben, sich in der Kirche mit Corona anzustecken oder andere zu infizieren. Ich halte es nicht für die Aufgabe der Kirche, Gesundheitspolitik zu betreiben, sondern ausnahmslos allen Menschen beizustehen. Indes ist auch die Kirche an Recht und Gesetz gebunden. Die Regeln sind demokratisch legitimiert und wir sollten unbedingt vermeiden, dass Ordnungsämter einschreiten und ggf. Gottesdienste unterbinden, weil staatliche Vorschriften nicht eingehalten werden. Wir arbeiten weiter daran, dass Seelsorge und Verkündigung allen ohne Einschränkungen zugänglich sind. Die 3-G-Regel für Gottesdienste ist oft unnötig. Leider gilt nicht in allen Bundesländern der EKM der Grundsatz, die Regeln für das kirchliche Leben in die Eigenverantwortung der Kirchen zu stellen. Sich aber über staatliche Regeln hinwegzusetzen und sich angesichts der dann zu erwartenden Konsequenzen als Märtyrer zu stilisieren, ist keine Option; ein solches Verhalten reißt Gräben auf und wird der Trauer angesichts der allein in Deutschland über Hunderttausend zählenden Pandemietoten nicht gerecht. Für theologische Ansätze, dass Gott diese Menschen mit einem besseren Immunsystem ausgestattet hätte, wenn sie hätten weiterleben sollen, fehlt mir jedes Verständnis. Das ist blanker Zynismus und nah an der rechtsextremen Sicht, dass Corona doch nur die Schwachen ausmerze und damit letztlich gut für das Land sei. So zu reden, ist unchristlich. Der viel kritisierte, aber auch oft gelobte Impfpflicht kommt aus der Mitte der Landessynode. Persönlich halte ich ihn für inhaltlich richtig. Doch ist er auch geeignet, Menschen, die sich zuvor dagegen entschieden hatten, zur Impfung zu bewegen? Trotz der plakativen Überschrift sollte klar sein, dass Impfen nicht die einzige Form der Nächstenliebe ist, die ihrerseits auch nicht den einzig denkbaren Grund zum Impfen darstellt. Zudem kann man durchaus zwischen impfend und sich impfen lassen unterscheiden. Schon vom Wortlaut braucht niemand heraushören zu wollen, dass alle Ungeimpften es an Nächstenliebe mangeln ließen. Was mir aber wichtiger ist als diese Wortklaubereien: Nächstenliebe beruht stets auf einer freiwilligen Entscheidung und nicht auf Zwang. Die Landessynode hat sich daher zwar für möglichst viele Impfungen ausgesprochen, für mich zugleich aber deutlich gegen die Einführung einer Impfpflicht gewandt. Ganz so einseitig ist der Impfpflicht also

Kommentar Winterkrieg und Frieden ²

²

Kommentar Frieden ³

³

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: Franziska Beyer, Jonas Döhring, Guido Heuer MdL, Präsident Jan Lemke, Pfarrer Christian Meißner, Ilka Reckmann, Ministerpräsident Sven Schulze, Andreas Schumann MdL, Stephen Gerhard Stehli MdL, Marco Tullner MdL

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: August 2026:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.

nicht. Geimpfte sind keine naiven „Schlafschafe“ und Ungeimpfte keine bösen „Nazis“. Es heißt, dass wir einander nach der Pandemie viel zu vergeben hätten. Es gibt keinen Grund, nicht gleich damit anzufangen.

²

²Winterkrieg und -frieden (Die „Kirche im Radio“, Morgendandacht im MDR Landesprogramm Thüringen von 12. März 2026) Am 12. März wird ein Friedensvertrag geschlossen. Das wäre eine Schlagzeile! Doch wohl leider nicht 2026. Aber es war eine, ausgerechnet 1940, aus unserer Sicht mitten im 2. Weltkrieg. Am 12. März 1940 beendeten die damalige Sowjetunion und Finnland in Moskau den sogenannten Winterkrieg. Die UdSSR hatte Finnland am 30. November 1939 einfach mal angegriffen. Der Hitler-Stalin-Pakt hatte es möglich gemacht, und nun wollte man das bis 1917 zum Zarenreich gehörige ehemalige Großfürstentum zurückholen, wenigstens aber möglichst große Gebiete nördlich des damaligen Leningrad gewinnen. Angesichts der unerwarteten Zähigkeit des finnischen Widerstands gab sich Stalin mit gut einem Zehntel des finnischen Staatsgebiets zufrieden, wobei er den Krieg nach Belieben wieder hätte fortsetzen können. Auf finnischer Seite gab es rund 30.000, auf sowjetischer geschätzt bis zu 250.000 Tote. Sinnlos ausgelöschte Menschenleben! Stalins Raub machte Finnland zum Verbündeten Nazideutschlands, als Hitler anschließend die Sowjetunion überfiel. Der Friede hatte damals keine Chance.

³

³Frieden ist mehr als Waffenstillstand, mehr als Gewaltlosigkeit. Frieden muss gerecht sein, muss die Grundlage dafür sein, einander um Vergebung bitten und vergeben zu können – und zu wollen. Jesus Christus hat uns den Weg gezeigt: Er nahm unsere Schuld auf sich – und – so die Bibel – „wir haben nun Frieden mit Gott! Durch seine Wunden sind wir geheilt.“ Wann erkennen wir es endlich und wann kommen die Kriegstreiber von heute zur Vernunft? Den Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft, wünscht sich und Ihnen Jan Lemke, evangelisch, aus Erfurt.